

ZEITUNG DER DEUTSCHEN KOMMUNISTISCHEN PARTEI MÖRFELDEN-WALLDORF

## Da kommt einiges auf uns zu

Nach den Anhörungstagen zu Cargo-City könnte man sagen: Nun Leute, laßt alle Hoffnung fahren!

Eine Umweltverträglichkeitsprüfung kommt nicht, die Einwendungen wurden im wesentlichen abgebogen, viele Argumente der Naturschützer wurden überhaupt nicht beachtet.

Einer sagt im Bürgerhaus - Foyer: „Die trockenen Paragraphen-Köpfe im Regierungspräsidium verstehen ihr Geschäft.“

Einige „Realpolitiker“ übten sich in Schadensbegrenzung. Pragmatische Politik nennt man das, es ist legitim, wird aber nichts verhindern. Alles wie gehabt.

FAG-Schölch, auf die „Disney-Land-Pläne“ im Süden der Air-Base angesprochen, meinte: „Das ist nicht in Planung, sondern im Stadium des Brain-Storming“ und Denkverbote möchte er nicht.

Das Thema Fracht war erwartungsgemäß das FAG-Hauptargument. Immerhin, im Juni 13% Zuwachs. Es gab aber kein kritisches Hinterfragen des Begriffes Fracht. So werden also auch morgen elektronische Bauteile in Deutschland produziert, nach Taiwan geflogen, dort verpackt und wieder nach Deutschland zurückgefliegen. Pkw-Kunststoffbauteile in Asien billigst hergestellt und dann zur Montage hier eingeflogen. Jeanshosen in Deutschland vorproduziert, in Asien genäht und wieder zurückgeholt.

Beiläufig, zu Tausenden werden durch diese Fracht-Praxis Arbeitsplätze in Deutschland vernichtet.

Ach ja, die Arbeitsplätze - bis zum Jahre 2010 sollen durch Cargo-City 6250 Arbeitsplätze geschaffen werden. Wieviele Arbeitsplätze durch Rationalisierungsmaßnahmen bis dahin am Flughafen verschwunden sind, konnte bei der Anhörung natürlich keiner sagen.

Unverschämt die Aussagen zum Lärm. Dieser sei schon so hoch, daß weiterer Krach schon garnicht mehr wahrgenommen würde. Wenn man alles zusammen nimmt, könnte man seinen Zorn runterschlucken und resignierend abwinken. Viele sagen jetzt auch: Die machen ja doch was sie wollen, ob das Projekt im Umland akzeptiert wird in-

teressiert beim Flughafen-Vorstand eh niemand. Genau das aber wollen diejenigen, die immer neue Pläne aushecken, damit sich der Profit realisiere. Resignation im Flughafenumland wird in den FAG-Vorstandsetagen gern gesehen. Deshalb: Noch ist nicht geredet! Noch gibt es Chancen der Verhinderung! In Wahlzeiten ist es leichter, politischen Druck zu organisieren. Außerdem, Cargo-City ist nicht der Endpunkt von schlimmen Naturzerstörungen in unserem verletzlichen Rhein-Main-Ballungsgebiet. Was kommt morgen? Die Frage ist berechtigt! Die Bürgerinnen und Bürger müssen wachsam bleiben.





## Zweigeteilte Gesellschaft

Erörterung-Cargo-City Süd im Bürgerhaus Mörfelden. Der Saal zweigeteilt. Auf der einen Seite sitzen die Befürworter. FAG-Planer, Wissenschaftler, Institutsvertreter. Knallharte hochbezahlte Profis. „Unser Kunde FAG“, sagt verräterisch der Vertreter des Fresenius-Institutes. Unser Kunde. Wer bezahlt bestimmt den Inhalt. Man weiß es, trotzdem ein eigenartiges Gefühl. Immerhin steht meist das Wort „unabhängig“ im Untertitel der renommierten Institute.

Auf der anderen Seite Vertreter der Naturschutzverbände, couragierte Naturschützer, die oft ihre ganze Freizeit opfern, ein paar Kommunalpolitiker. Engagiert, versiert, manchmal zaghaft, zurückhaltend, höflich.

Anders die FAG-Spitze. Irgendwie wirkt es militärisch. Generalstabsplanung, Generalausbauplanung, Generalfinanzierungsplan.

Dann, General Schölch spricht zur Lage. Knapp, konzentriert, unerbittlich. „Es gibt keine Alternative!“, „Es muß, es muß, es muß!“ (Diese Sätze hat ihm sein Chef aufgeschrieben.) „Ohne Luftfracht kann die deutsche Wirtschaft nicht weltweit wirken!“. Punkt.

Anschließend Cargo-Planer Thomas: „Unser Gegner heißt Amsterdam!“. Die Luftaufnahme des Flughafens Amsterdam wird an die Wand projiziert.

Realsatire? Nein, es herrscht Krieg im vereinigten Europa, Handelskrieg. Harte weltweite Verteilungskämpfe des internationalen Kapitals. Amsterdam, Paris, London, Frankfurt. Die oder wir. Wolfsgesetze. Muß man sie für immer hinnehmen?

## Wir haben schließlich die Dächer begrünt . . .

Diskussion am zweiten Tag der Anhörung, es geht um Waldverluste. Bürgermeister Brehl fordert mehr Ausgleichsmaßnahmen. FAG-Schölch wiegelt ab. „Dafür haben wir keine Mittel!“ Außerdem, „wir haben soviel Dächer begrünt!“ Wenn es nicht so ernst wäre, könnte man brüllen vor Lachen.

Auch von Waldschutzstreifen (ca.60m) wollte Schölch gar nichts wissen. Höchstens 4 Meter würde er wohl zugestehen.

Die z. T. jungen FAG-Manager und -Auftragsgutachter wissen schon gar nicht mehr über was sie reden, deshalb hier ein paar historische Zahlen: Dem Flughafen wurde seit seiner Entstehung vor 60 Jahren 17,4 Quadratkilometer Wald geopfert.

Nach dem Bau der Startbahn-West gingen erneut 61 ha verloren, für Cargo-City sollen es wieder 30 ha sein.

Gleichzeitig gibt es aber viele weitere Waldvernichtungspläne in der Region.

Beispiele:

Ein FAG-P+R-Parkplatz	ca. 10 ha
Neubau ICE-Strecke, Bereich Raunheim	ca. 21 ha
Hoechst/Ticono	ca. 30 ha
Bahnanschlußerweiterung Caltex	ca. 30 ha
B44-Ausbau Zeppelinheim-Mörfelden	ca. 10 ha
Südumgehung	ca. 10 ha
Ausbau Egelsbacher Flughafen	ca. 6 ha
Kiesgrubenerweiterung Sehring	ca. 20 ha
Kiesgrubenerweiterung Kern (Mitteldorf)	ca. 30 ha

Da kommt einiges zusammen. Vieles ist noch nicht konkret, aber schon bald können die Motorsägen knattern. Die ökologische Katastrophe kommt mit Hektar-Schritten auf uns zu. Zeit zum Aufstehen.

## Was für ein Glück . . .

Frankfurts Kämmerer Tom Koenigs (Grüne) ist sauer, weil er auf dem Flughafen keine Spielbank eröffnen kann (FR 24.6.).

Gönnt doch dem Jet-Set sein Vergnügen und Geld stinkt eh nicht - wird er wohl denken.

Sein Chef Oberbürgermeister Schoeller (SPD) setzt auch auf den weiteren Ausbau des Flughafens, auf Cargo-City, auf wachsende Passagierzahlen. Bewohner des Flughafen-Umlandes, die Kritik anmelden, werden in der von Steuergeldern finanzierten Flughafenzeitschrift „Start frei“ als „grüne Phantasten“ bezeichnet.

Was für eine Entwicklung! Neben Cargo-City ein Freizeitpark, im Empfangsgebäude Ost Roulette-Tische.

Dabei gibt's in Frankfurt doch schon genug Rekordzahlen: Die Stadt am Main (660.290 Einwohner) ist mit 8,7 Milliarden DM die höchstverschuldete Stadt in der BRD. Frankfurt bezahlt 2 Millionen DM Zinsen täglich. (Was man damit alles machen könnte.)

Es fehlen mindestens 12.000 Wohnungen, es gibt 64.000 Sozialhilfeempfänger, jährlich 140.838 Straftaten.

Vor gut einem Jahr wurde dort noch vom Rot-Grünen-Modell geredet. Man kann die Aussagen nachlesen: „ökologischer Umbau“, „Stadt für Kinder“, „Reichtum für alle“. Sprüche! Die dortigen Rathausgrünen sind ausgebleicht und die SPD setzt auf „Krisenkompetenz“.

Die Köpfe dieser Politiker sind austauschbar. Es sind Ärzte am Krankenbett dieses Systems.

Wie auch immer, ein weiter wuchern der Flughafen, mit oder ohne Spielbank, wird Frankfurt und die Region jedenfalls nicht retten.

## Pistolero

„Cargo-City-Süd ist ein absolutes Muß“. So der FAG-Chef Wilhelm Bender.

Der Mann, der so dem Umland die Pistole auf die Brust setzt, fühlt sich „getroffen“, wenn er als ein „dem Profitstreben verpflichteter Baumkiller“ bezeichnet wird.

Ja aber was denn sonst?



*Protest gegen Waldzerstörung. Über Hundert Bürgerinnen und Bürger setzten sich aufs Fahrrad und fuhren bei brütender Hitze vom Flughafen zum Ticono-Wald.*

## Schwenkflügler

Ziemlich unbeachtet blieb, was da am Abend des 20. Juni 1994 passierte. Ein amerikanischer Superbomber (B-1 B) merkte über dem Atlantik, daß sich die rechte Tragfläche nicht mehr bewegen ließ. Flugs sucht man in Europa eine 4000-m-Landebahn und ging in Frankfurt mit 400 Stundenkilometer nieder. Der Atombombenträger kam erst am Ende der Bahn mit zerfetzten Reifen und kaputten Bremsen zum Stehen. Die US-Airforce erklärte sofort, es seien keine Bomben an Bord gewesen. Das war's dann auch. Es gab keine vorherige Warnung, der Katastrophendienst erfuhr alles ein paar Tage später aus der Presse. „Ein unglaublicher Vorgang“, findet auch der Landrat und will genau wissen welche Gefahrenstoffe sich an Bord befanden.

## BTG etc.

Was ist nun das schon wieder, BTG? Der Reihe nach. BTG ist die „Berliner Bauträgergesellschaft“. Die kauft Gelände überall auf, wo es nur geht, verschuert den Kram dann mit Gewinn. Da bleibt viel hängen. Beiläufig, der gesponsorte Mörfelder Brunnen kam locker aus deren Portokasse.

Also jedenfalls ist die BTG auch in unserer Region aktiv. Vor zwei Jahren hat sie ihr Gelände am Fuße des Müllbergs an die „Circom Ost GbR“ verkauft, die wiederum arbeitet mit der Rendata-Projektentwicklungsgesellschaft zusammen und da drin hängt noch die Steiner (nicht Schneider) Inf- ratec GmbH., die wiederum ist auch bei der Turner Corporation New York beteiligt. Na und dann gibt es noch ein paar Verschachtelungen, bei denen

selbst unser Rathaus nicht mehr durchblickt. Wie auch immer, die alle bauen jetzt CIRCOM, einen neuen Gewerbepark auf 71.000 qm Grundfläche, der 600 Millionen Mark kosten soll. 600.000.000,- DM! Ja da staunen wir aber. Woher das Geld kommt? Wer soll das wissen, bei den Finanzverästelungen. Wenn da Mafia-Geld gut gewaschen angelegt würde, keiner bekäme es je raus.

Bleibt die Frage, wird das alles denn gebraucht? Da setzen die Betreiber

des „Circom Business Park“ auf die Nähe zum Flughafen, besonders auf Cargo-City.

Na bitte, so fügt sich eines zum anderen. Arbeitsplätze? Na klar! Auch daran ist gedacht - 1000 vielleicht, demnächst oder so. Bleibt irgendwas zum Schluß für unsere Stadtkasse hängen? Fragezeichen!

Aber, mehr Verkehr, weitere Bodenversiegelung, mehr Siedlungsdruck, teurer werdende Ver- und Entsorgung, und, und, und - das ist schon gewiß.

**Jede Mark hilft dem »blickpunkt«!**

**Unser Konto:  
Kreissparkasse GG,  
Konto-Nr. 9003419,  
BLZ 50852553**





*Debausie brutal. Mieten wurden erhöht, die Parkplätze an eine Firma verschertelt, die wiederum erhöhte die Parkplatzpreise. Ergebnis: Ein leeres Parkhaus und andere leere Flächen aber zugesperrte Anliegerstraßen.*

## Parkplatzprobleme

Die Parkprobleme sind alt. Jetzt hat sich dort eine Bürgerinitiative gegründet. Ist es denn wirklich nur ein Problem "Wohnpark" oder betrifft es die umliegende Anwohner auch?

Diese Siedlung, begrenzt durch die Aschaffenburger-, Farm-, Flughafen- und Robert-Koch-Straße ist seit Wochen in den Schlagzeilen. Viele werden sagen: Das geht mich nichts an. Ich meine doch, denn dieses Parkplatzproblem wirkt sich auf die Umgebung aus. Vorher gab es das auch, doch damals krächte kein Hahn danach, wo die Autos im Wohnpark standen. Jetzt, in der Zeit des „knappen“ Geldes, überlegt sich auch eine Baugesellschaft wie die Debausie (Tochter von Hochtief bzw. RWE) wie man zu mehr Kohle kommt. Mietverträge wurden geändert, eine professionelle Limburger Parkplatzvermarktungsgesellschaft vertraglich engagiert, Schranken, Automaten und Kameras installiert. Eben professionell. Daß man dafür etwas bezahlen muß ist klar, werden viele sagen, doch was ist mit denen, die es nicht tun? Nun, sie parken eben im „Umland“, sprich in den umliegenden Straßen, wo sie dann auch mittlerweile auf verärgerte Anwohner stoßen, die seit 30 Jahren da parken und wo jetzt einer, dazu noch ein Neubürger ihnen „ihren“ Parkplatz streitig machen will. Dazu kommt noch, daß seither auf dem Gehweg Farmstraße

(vor Hochtief) geparkt werden durfte (zum Leidwesen der Fußgänger und Kinderwagenschieber) und dies jetzt endlich durch ein Parkverbot ebenfalls beseitigt wurde, vielleicht sogar Hand in Hand mit der Hochtief (die sich wohl bei der Stadt beschwerte und deren „Tochter“ die Debausie ja die Limburger Parkplatzprofis engagiert hat). Vielleicht nur Zufall! Wenn nicht, wäre es in der Tat übel.

Meist muß jeder der heute irgendwo regelmäßig und immer an einen Ort sein Fahrzeug hinstellt, dafür Geld bezahlen. Das ist so im Parkhaus, bei Firmen und auch bei Hauseigentümern, die diesen ja erst schaffen müssen oder (mittlerweile) teuer ablösen können. Es ist auch nicht Aufgabe der Stadt quasi „Ersatzparkplätze“ auf einem Gehweg zur Verfügung zu stellen, um den Anwohnern hier aus der Patsche zu helfen. Ich denke, daß die Anwohner mit der Debausie bzw. der Limburger Parkplatzfirma verhandeln müssen, mit den Preisen runter zu gehen, bzw. Kurzparken kostenlos zu ermöglichen und entsprechend den gewachsenen und den marktüblichen Bedingungen die Gestaltung für das Parken organisieren müssen. Ein „Umsonstparken“ wird es heute kaum mehr geben. Meiner Meinung nach muß der Druck auf die Debausie so ausgeübt werden, daß eine vernünftige und alle befriedigende Lösung herbeigeführt wird. Vielleicht stellt ja die Firma Hochtief einen Teil ihres Geländes als Parkplätze für die Anwohner des Wohn-

parks, und für Badegäste des Badeses zur Verfügung?

Was natürlich unbedingt geändert werden muß und da ist m.M. nach die Stadt in der Pflicht, das ist das ungehinderte Passieren der Schranken mit Fahrrädern und Kinderwagen, sowie die Schaffung behindertengerechter Parkmöglichkeiten.

Ein Zuparken von Straßen jedenfalls kann und wird auf Dauer keine Lösung sein.

Herbert J. Oswald

## Parlamentssplitter

### KZ-Außenlager

Im August 1944, vor 50 Jahren, wurden 1700 ungarische Jüdinnen in das KZ-Außenlager Walldorf eingeliefert. Sie wurden unter unerträglichen Bedingungen zur „Erledigung kriegsentscheidender Bauvorhaben“ eingesetzt. Einige Frauen starben dabei im Walldorfer Lager, andere wurden ins Vernichtungslager Auschwitz zurückgeschickt. Wenige erlebten die Befreiung vom Faschismus.

Auf Antrag der Fraktion DKP/Offene Liste wird in diesem Jahr eine ernste Feierstunde am Gedenkstein im Norden Walldorfs stattfinden.

### Museumsleitung

Über 20 Briefe von Lehrern, Instituten, Vereinen, Museumsfachleuten erreichten die Stadtverordneten. Ebenso über 1000 Protestunterschriften. Inhalt: Protest gegen das SPD-CDU-Vorhaben, die Stelle der hiesigen Museumsleiterin zu streichen. Dazu gab es auch in der Stadtverordnetenversammlung eine stürmische Debatte. Grund: Die DKP/OL-Fraktion hatte die Aufhebung des „künftig-wegfallen“-Vermerks beantragt.

Ergebnis: CDU und SPD verweigerten die Streichung des Vermerks. Die SPD unterstützte aber den zweiten Teil des Antrags, nach dem sich der Magistrat um die Weiterbeschäftigung der Museumsleiterin bemühen soll.

# Verkehrsberuhigung in der Darmstädter- und der Dieselstraße

Seit Jahren beschwerten sich die Anwohner im Süden Mörfeldens, hauptsächlich die Anlieger der Diesel- und Darmstädter Straße über den starken Straßenverkehr. In erster Linie wurde zu schnell gefahren und auch über die vielen Kieslaster führte man Beschwerde. Die Stadt baute Verengungen, schaffte Parknischen und stellte Blumenkübel auf, um die Autos abzubremsen. Wenn auch heute zwangsläufig langsamer gefahren wird, die Verkehrsdichte hat deshalb aber nicht abgenommen. Im Gegenteil, es entstehen durch das Abbremsen und wieder Anfahren vermehrt Geräusche und gefährliche Situationen. Hier hilft nur ein „Durchfahrverbot“ für Lkw. Es ist den Kiestransportfirmen zuzumuten, daß sie die nahegelegenen Autobahnen nutzen.

Übrigens, Vorschläge des DKP-Vertreters im Magistrat, bei den Umbaumaßnahmen auch Radwege zu berücksichtigen, wurden nicht angenommen. Wann wird endlich in unserer Stadt hiermit einmal begonnen. Es wäre einfach auf Straßen wie der Darmstädter-, der Diesel- oder der Langer- und Groß-Gerauer-Straße farblich abgesetzte Radwege anzulegen, wie sie in anderen Städten (Langen, Dreieich, Rüsselsheim) bereits anzutreffen sind. Heinz Hechler



## POST

Folgender Leserbrief zu diesem Thema ist uns zugegangen.

### Verkehrsberuhigung durch Straßenverengung

*Am Samstag den 2. Juli habe ich die „Gemarkungs-Fahrrad-Begehung“ unseres Magistrates und der Stadtverordneten verfolgen können, bei der die verkehrsberuhigte Darmstädter Straße besichtigt wurde.*

*Die Lage ist aber an Werktagen alles andere als ruhig. Bereits morgens um 5 Uhr fallen wir vom Lärm der vorbeidonnernden Sandlaster aus dem Bett. Motoren heulen auf, Bremsen quietschen, es wird gestoppt und wieder*

*angefahren. Ist auf beiden Seiten der Straßen geparkt, kommen nicht mehr zwei Autos aneinander vorbei.*

*Die Lkw kommen mit hoher Geschwindigkeit in den Ort hereingefahren und die entgegenkommenden Pkw müssen in die Parklücken flüchten. Ist auf der gegenüberliegenden Seite nicht geparkt, benützen die Lastkraftwagen auch den Bürgersteig als Fahrbahn.*

*Wir haben durch die „Beruhigung“ also mehr Lärm und vor allem auch mehr Gefahr. Durch die angekündigte Autobahngebühr für Lkw erwarten wir noch mehr Verkehr.*

*Uns hilft nur ein Durchfahrverbot für Lastkraftwagen oder die seit 20 Jahren geplante Südumgehung.*

*Erika Müller, Darmstädter Straße 41*

## BILANZ IM WALLDORFER MUSEUM

### Neue Ausstellung geplant

Die Arbeitsgemeinschaft für Walldorfer Geschichte zog dieser Tage Bilanz aus ihrer Museumsarbeit. Mit der um drei Prozent, auf 1267, gestiegenen Besucherzahl, im ersten Halbjahr war man sehr zufrieden. Besuchermagnete waren der im April diesen Jahres eröffnete zweite Abschnitt der Dauerausstellung zur Ortsgeschichte und die Ausstellung über die Geschichte der „Sport- und Kulturgemeinschaft Wall-

dorf“ (SKG). Für den Herbst dieses Jahres haben die Aktiven um Walter Gahn eine neue Ausstellung geplant mit dem Thema „Heimat Piemont - Landschaft und Alltag“. Diese norditalienische Region hat für viele Einwohner unserer Stadt einen besonderen Stellenwert: Die Ortsgründer Walldorfs kamen vor fast 300 Jahren aus den Alpentälern im Grenzgebiet zu Frankreich, zu dem einige damals auch staatsrechtlich gehörten. Der geschichtliche Hintergrund ist in den verschiedenen Abteilungen des Walldorfer Museums ausführlich dokumentiert.

Die hier gezeigte Bilderausstellung soll die einmalige Landschaft und ihre Men-

schen vorstellen. Ergänzt wird sie durch einen Videofilm, der 1971 anlässlich des Besuches einer Gruppe von Walldorfern in der Heimat Ihrer Vorväter entstand. Die Eröffnung der Ausstellung ist für Freitag, den 21. 10. 1994 vorgesehen.

Die Öffnungszeiten des Walldorfer Museums in der Langstraße 96 sind auch weiterhin Dienstags von 9-12 Uhr und Donnerstags von 15 bis 18 Uhr. Im Juli und August entfallen die sonntäglichen Öffnungen (danach wieder jeden 3. Sonntag im Monat).

Gruppenbesuche sind auch außerhalb der genannten Öffnungszeiten möglich. Anmeldung unter 938274, 938875, 938207. HH



## Warum darf man diese Typen nicht elende Halsabschneider nennen?

Murmann heißt der eine, Stihl der andere. Hochangesehene Leute sind's. Prominente. Abends im Fernsehen sieht man sie, in den Zeitungen werden große Porträts von ihnen abgedruckt und ihre Sprüche.

Klaus Murmann, Arbeitgeberpräsident: „Wer von Besitzstandswahrung redet verkennt den Ernst der Lage“.

H. P. Stihl, Präsident des Deutschen-

Industrie- und Handelstages meint: „Alles muß auf den Prüfstand - von der Sozialhilfe bis zum Rentensystem. Der Leidensdruck muß in unserem Land noch größer werden“.

Man will also schlicht den „Besitzlosen das Besitzdenken austreiben“, wie eine Zeitung schrieb.

Das ist die Sprache des ungebremsten Kapitals. Eine schwache Linke, ein zahmer DGB, eine labberige SPD, sind mit ein Grund, weshalb bei solchen Sprüchen kein Aufschrei durchs Land geht. Aber warum darf man diese Herren im Nadelstreifen nicht elende Halsabschneider nennen?

## Die DKP und die Bürgermeisterwahl

Die Mitgliederversammlung der DKP Mörfelden-Walldorf hat am 22. Juni, ausführlich die Bürgermeisterwahl '95 behandelt.

Nach längerer Diskussion wurde bei einer Gegenstimme folgender Beschluß gefaßt:

*„Wir halten es prinzipiell für politisch richtig, wenn links von der SPD ein Bürgermeister-Kandidat zur Verfügung steht, damit linke Themen in den Wahlkampf eingebracht werden, damit ein Gegengewicht zur konservativen CDU-Kandidatin formuliert wird, damit der SPD-Kandidat nicht nach rechts rückt.“*

*Bei den aktuellen Diskussionen über „Cargo-City“ und der sich entwickelnden Bürgerbewegung, finden wir es besonders wichtig, daß ein Gegner dieses Projektes antritt.“*

*Die DKP wird (zumindest kann man das Ende Juni '94 sagen) nicht mit einem eigenen Kandidaten antreten.“*

*Wir wollen aber außerparlamentarisch, vor allem mit unserer Stadtzeitung „blickpunkt“, aktiv in den Wahlkampf eingreifen.“*

*Die Kandidatur des parteilosen Mitgliedes der Stadtverordnetenfraktion „DKP/Offene Liste“ Herbert J. Oswald wird von der DKP Mörfelden-Walldorf nicht unterstützt.“*

## Verlogene und schäbig

Der Kommunist Wilhelm Hammann, war erster Landrat des Kreises Groß-Gerau im Jahre 1945. In Israel wurde Hammann hoch geehrt, weil er 159 jüdischen Kindern im Konzentrationslager Buchenwald das Leben rettete. In Erfurt hat man erneut eine Schule nach ihm benannt.

Nun will man in Biebesheim, seiner Geburtsstadt, eine Grundschule nach ihm benennen.

Das aber will die CDU im Kreis Groß-Gerau unbedingt verhindern. Auch Rudi Haselbach, CDU-Landtagsabgeordneter aus Mörfelden, beteiligt sich

eifrig an dieser Schmutzkampagne. In den vergangenen Monaten wurden Millionen Menschen aufgewühlt, als sie den Film „Schindlers Liste“ sahen. Nun gibt es in unserer engeren Heimat einen vergleichbaren Menschen, der unter Todesgefahr andere rettete. Er war aber Kommunist und das bringt die CDU in Rage.

Wir jedenfalls sind entsetzt über die Schäbigkeit der hiesigen CDU-Vertreter.

Dieses verlogene Verhalten findet man allerdings auch bei der CDU-Spitze. Jüngster Skandal: Die französische Regierung hatte jetzt 18 deutsche Widerstandskämpfer eingeladen, die in

der französischen Résistance gekämpft hatten. Der Bundeskanzler vereitelte diese Pläne. Der Grund: Alle 18 sind Kommunisten.

## Dafür ist Geld da

Der Haushaltsausschuß des deutschen Bundestages hat Ende Juni 200 Millionen Mark für die weitere Entwicklung des Jagdflugzeuges „Eurofighter“ freigegeben. Gleichzeitig wurden vier neue U-Boote bewilligt. Kosten: 2,6 Milliarden Mark.

## Betonköpfe

Betonköpfe nennt man uneinsichtige, sture Planer, die aus Erfahrungen und Erkenntnissen nichts lernen. Jene müssen wohl am Werk gewesen sein, als sie die Straßenkreuzung Aschaffburger Str./B44 planten. In der Vergangenheit war schon oft vom vierspurigen Ausbau der B44 ab Zeppelinheim die Rede. Eine kreuzungsfreie Anbindung an die Aschaffburger Str. war ins Auge gefaßt. In der Problematik der Waldvernichtung, der Bemühungen um den Ausbau der S-Bahn, der fehlenden Parkplätze in Frankfurt für Pendler, der knapper werdenden Finanzen, ist diese Gigantomanie nicht weiter verfolgt worden.

Doch jetzt sind sich Planer einig geworden, doch wenigstens die Kreuzung „perfekt“ zu machen. Damit der Autoverkehr zügiger abfließen kann, soll von Frankfurt aus die Rechtsabbiegerspur verlängert werden. Für Autos aus Walldorf nach Frankfurt sollen zwei Fahrspuren statt bisher einer zur Verfügung stehen. Kurz nach der Kreuzung müssen sie sich allerdings nach dem Reißverschlußsystem wieder auf eine Fahrspur bis Zeppelinheim einordnen. Aus Mörfelden in Richtung Frankfurt wird es „großzügig“ im wahrsten Sinne des Wortes. Eine Linksabbiegerspur nach Walldorf erscheint als vernünftig, damit der Geradeausverkehr nicht behindert wird. Aber dieser Geradeausverkehr soll zwei Fahrspuren erhalten bis kurz nach der Kreuzung, wenn er sich auf eine Spur einfädeln muß. Man denke hier an die Geschwindigkeiten, zu denen ein derartiger Ausbau geradezu animiert. Ein Autofahrer, aus Mörfelden kommend sieht kurz nach der Autobahnüberführung die grüne Ampel, kann den vor ihm Fahrenden galant überholen - im Kreuzungsbereich - um danach auf die eine Fahrspur einzufädeln. Und das wird ausgegeben als Entschärfung der Kreuzung, als Beitrag zum besseren Abfließen des Verkehrs.

Wir vermuten, daß diese Ausbaumaßnahme mit einem Radweg und -überweg garniert werden soll. Garniert ist wohl der richtige Ausdruck für etwas, was zwar gut aussieht, doch wenig praktischen Nutzen hat. Ein Fahrradweg soll angenommen werden, benutzt werden, soll zum Fahrradfahren animieren. Der Radweg ist so geplant, daß ab Autobahnüberquerung an den

Eichen die Schönrainschneise genutzt wird, die auf die Kreuzung zusteuert. Die mit Ampeln geregelte Überquerung der Straße erfolgt auf der nordöstlichen Seite und führt bis zum Badensee. Außer von ein paar Anwohnern an den Eichen, die zum Badensee wollen, oder Radwanderern, wird der Radweg nicht benutzt werden. Welcher Radfahrer nimmt schon einen Umweg von mehreren Kilometern in Kauf? Richtiger und besser wäre es, wenn man entlang der B44 von Mörfelden bis Walldorf einen Radweg vorfände - der Beschluß ist gefaßt. Dieser Radweg würde auf der gleichen Straßenseite weitergeführt über die Autobahn bis zur genannten Kreuzung an der Aschaffburger Str. Erst in Höhe des Eingangsbereichs Badensee könnte dann die Straße per Zebrasteifen überquert werden.

Uns scheint, daß da wieder Straßenplaner am Werk waren, die nicht Fahrrad fahren, sonst könnte solch umständliche und unsinnige Wegeführung nicht umgesetzt werden.

Man denke an die Beteuerungen zum Ausbau des Schienennahverkehrs. (Gerade hat man den Regionalen Verkehrsverbund geschaffen.) „Mehr Verkehr - auch Personenbeförderung - auf die Schiene“; und dann der Ausbau zum schnelleren und bequemerem Abfließen des Autoverkehrs. Später wird sicher beklagt, daß die Bürger nicht auf die Bahn umsteigen wollen. Ein Grund wird hier bewußt geschaffen.

Die Bedenken, mit der Planung könnte ein vierspuriger Ausbau der B44 seinen Anfang bzw. Fortsetzung finden, scheinen uns nicht unlogisch. Sie sind angesichts der Angriffe auf den Waldbestand in unserer Region beängstigend. R.Dötsch

## Dimilin

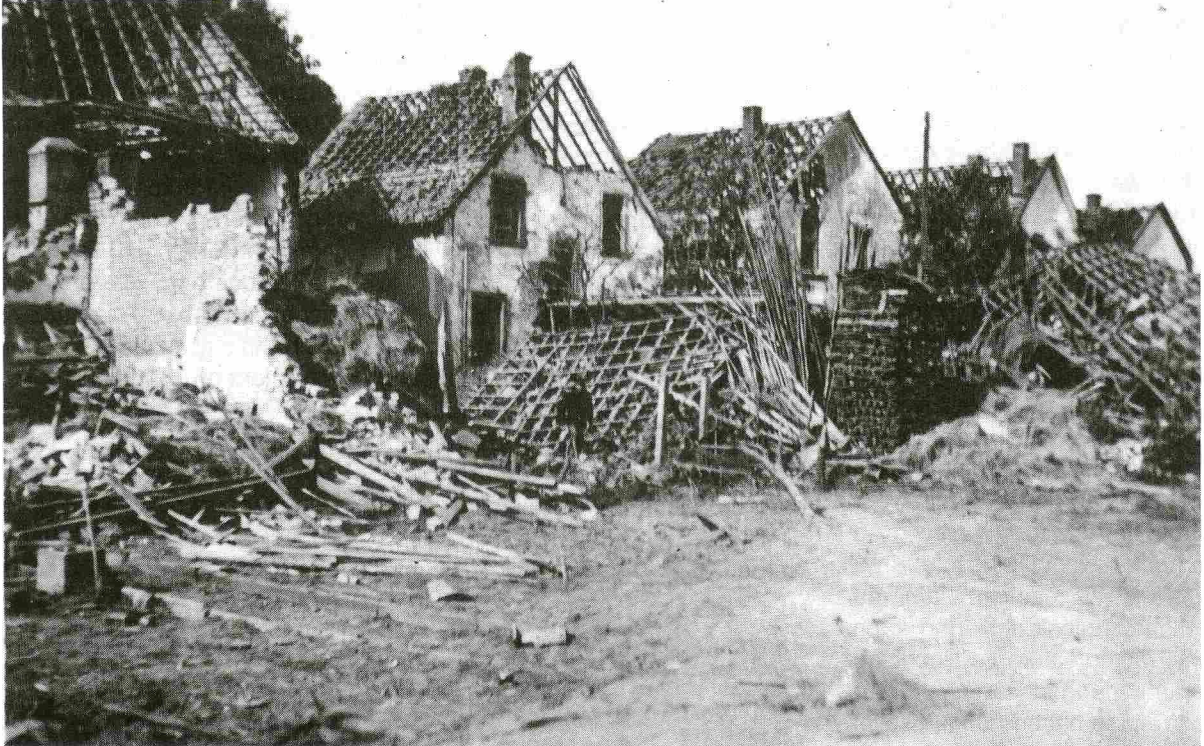
Kampf den Schwammspinnern. Es ist gerade ein paar Wochen her, als Hubschrauber auch in unserem Wald ungeheure Mengen Gift versprühten. Tolerierbar sei der Einsatz des Insektenmittels Dimilin gewesen, meint der grüne Umweltdezernent von Frankfurt, Tom Königs. Allerdings gab es damals und heute auch andere Stimmen. Das Bundesumweltamt würde „aus heutiger Sicht die Zustimmung zur Zulassung von Dimilin nicht mehr geben“.

Der Grund: es steht „im starken Verdacht, krebserzeugend zu sein“. Die Genehmigung für Dimilin stammt aus dem Jahre 1987, eine Verlängerung ist vom Hersteller nicht beantragt worden. Die Chemieindustrie hat ihren Schnitt gemacht. Koste es was es wolle.

*Allen Leserinnen und Lesern des „blickpunkt“ wünschen wir schöne, erholsame Ferientage.  
Die Redaktion*



Viel Spaß gab es auch in diesem Jahr beim Grillfest der DKP im Hof des »Goldenen Apfels«. Neben der großen Tombola gab es wie immer viel Spaß und lockere Gespräche über Parteigrenzen hinweg.



Ein „schlimmes“ Foto aus dem Jahre 1941. So sah es nach einem Fliegerangriff in der Nacht vom 21. zum 22. Juli 1941 in Walldorf aus. Bei einem vorangegangenen Brandbombenabwurf wurden Häuser in der Jourdan-Allee und das Holzlager-Coutandin in Brand gesetzt. Die Bomberpiloten glaubten anscheinend, ein Tanklager des nahen Flughafens getroffen zu haben und kehrten zurück. Als die Löscharbeiten begannen und die Sirenen bereits Entwarnung gegeben hatten, fiel eine damals neuartige Bombe, genannt Luftmine, zwischen die Häuser der Bahn- und Ponsstraße, östlich der heutigen Gaydoulstraße (damals noch Feldstraße). Etwa ein Dutzend Gebäude wurde vollständig zerstört. Auch in den angrenzenden Wohngebieten waren viele Häuser und Scheunen schwer bis leicht beschädigt. Wie durch ein Wunder gab es nur zwei Leichtverletzte. In dieser Zeit begann das Grauen des Krieges immer mehr auch die Zivilbevölkerung zu treffen. Wie leicht hätte dieser Bombenabwurf vor 53 Jahren für viele Walldorfer Bürger den Tod bedeuten können.



## Vielen Dank . . .

Obiges Bild erhielten wir von einer „blickpunkt“-Leserin. Sie schrieb :  
„Für die „Stadtgeschichten“ im „blickpunkt“ kann ich Ihnen, ein leider „schlimmes“, Foto von Walldorf zur Verfügung stellen. Es wurde am 18. August 1941 aufgenommen. Um welche Straße es sich handelt, ist mir nicht bekannt. Es zeigt den ganzen Irrsinn des Krieges und was viele nicht wissen, wie es hier ausgesehen hat.“

Mit freundlichen Grüßen  
Eva Gremmers-Heinicke  
Dr. Luther Straße 20

## Kandidatur

Der DKP-Stadtverordnete Rudi Hechler wurde auf einer Wahlkreisversammlung zum Bundestagskandidaten der PDS/Offene Liste im Wahlkreis 141 (Groß-Gerau) gewählt.

In einem Interview sagte er u.a.:

„Ich habe mich zur Verfügung gestellt aus drei Gründen:

1. Ich wurde von der PDS darum gebeten. (In Hessen gibt es unter den Direktkandidaten der PDS insgesamt drei Mitglieder der DKP.)
2. Ich will, daß neben der SPD, deren Bundespolitik für mich z.Zt. unerträglich ist, eine linke Kraft in den Bundestag einzieht.

3. Es wird zunehmend sicher, daß es die PDS in der ehemaligen DDR schafft, drei Direktmandate zu erringen. Damit ist die 5%-Klausel in der Bundesrepublik für sie hinfällig. Keine Stimme ist verloren, jede Stimme, auch im Kreis Groß-Gerau, zählt. Veränderung beginnt mit Opposition.“

Die DKP ruft auf, bei der Bundestagswahl am 16. Oktober PDS zu wählen. Die Wohngebietsgruppe Mörfelden-Walldorf und die DKP im Kreis Groß-Gerau werden ihren Beitrag leisten, die Kräfte der Linken im Wahlkampf zusammenzuführen. Eine PDS-Fraktion im nächsten Bundestag ist eine Chance für alle, die unser Land politisch verändern wollen. Das gilt vor allem auch für alle außerparlamentarischen Kampffelder.